

Beschlußempfehlung und Bericht

des Ausschusses für Fremdenverkehr und Tourismus (21. Ausschuß)

zu dem Antrag der Fraktionen der CDU/CSU und F.D.P.
– Drucksache 13/8045 –

Für moderne Ausbildungs- und Arbeitsplätze in der Freizeit- und Tourismuswirtschaft

A. Problem

Im Rahmen des wirtschaftlichen Strukturwandels gewinnt der Dienstleistungssektor in Deutschland zunehmend an Bedeutung. Neue Beschäftigungsmöglichkeiten eröffnen sich hierbei insbesondere auch in der Freizeit- und Tourismuswirtschaft.

Die Antragsteller unterstreichen die Notwendigkeit, die Leistungs- und Wettbewerbsfähigkeit dieser Branche durch eine Verbesserung der beruflichen Qualifikation ihrer Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter nachhaltig zu stärken. Sie begrüßen die entsprechenden Bemühungen der Bundesregierung. Schwerpunktmäßig werden folgende Vorhaben angesprochen:

- Neuordnung der Ausbildung zum Reiseverkehrskaufmann/zur Reiseverkehrskauffrau;
- Neuordnung von Ausbildungsgängen im Hotel- und Gaststättengewerbe, Einführung eines neuen Berufsbildes Systemgastronomie;
- Entwicklung neuer Qualifikationsansätze zur Erhöhung der Professionalität von Fremdenverkehrsämtern, Überprüfung der Möglichkeiten, der Vielgestaltigkeit des Berufsbildes Reiseleiter durch eine geordnete Ausbildung gerecht zu werden;
- Modernisierung der Ausbildungsordnungen und Entwicklung neuer Berufsprofile im Tourismusgewerbe.

Die Bundesregierung wird aufgefordert, die entsprechenden Reformvorhaben voranzutreiben und die Sozialpartner anzuhalten, weitere am Ausbildungsplatz- und Arbeitsmarkt verwertbare Vorschläge für neue Berufsprofile zu erarbeiten.

B. Lösung

Der Ausschuß empfiehlt, den Antrag anzunehmen.

Mehrheitsentscheidung

C. Alternativen

Ablehnung des Antrags.

D. Kosten

Kosten wurden nicht erörtert.

Beschlußempfehlung

Der Bundestag wolle beschließen,
den Antrag auf Drucksache 13/8045 anzunehmen.

Bonn, den 29. Oktober 1997

Der Ausschuß für Fremdenverkehr und Tourismus

Halo Saibold

Vorsitzende und Berichterstatterin

Werner Kuhn

Berichterstatter

Jann-Peter Janssen

Berichterstatter

Dr. Olaf Feldmann

Berichterstatter

Bericht der Abgeordneten Werner Kuhn, Jann-Peter Janssen, Halo Saibold und Dr. Olaf Feldmann

I.

Der Antrag der Fraktionen der CDU/CSU und F.D.P. „Für moderne Ausbildungs- und Arbeitsplätze in der Freizeit- und Tourismuswirtschaft“ auf Drucksache 13/8045 wurde in der 184. Sitzung des Deutschen Bundestages am 26. Juni 1997 im vereinfachten Verfahren federführend dem Ausschuß für Fremdenverkehr und Tourismus und zur Mitberatung dem Finanzausschuß, dem Ausschuß für Wirtschaft, dem Ausschuß für Arbeit und Sozialordnung, dem Ausschuß für Familie, Senioren, Frauen und Jugend sowie dem Ausschuß für Bildung, Wissenschaft, Forschung, Technologie und Technikfolgenabschätzung überwiesen.

Der Finanzausschuß hat den Antrag in seiner Sitzung am 24. September 1997 beraten und auf ein Votum verzichtet, da keine für ihn relevanten Punkte ersichtlich seien.

Der Ausschuß für Wirtschaft hat den Antrag in seiner Sitzung am 24. September 1997 beraten und mehrheitlich beschlossen, die Annahme des Antrags zu empfehlen. Der Beschluß wurde mit den Stimmen der Mitglieder der Fraktionen der CDU/CSU und F.D.P. gegen die Stimmen der Mitglieder der Fraktionen SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bei Enthaltung der Gruppe der PDS gefaßt.

Der Ausschuß für Arbeit und Sozialordnung hat den Antrag in seiner Sitzung am 24. September 1997 beraten. Er empfiehlt mit den Stimmen der Mitglieder der Fraktionen der CDU/CSU und F.D.P. gegen die Stimmen der Mitglieder der Fraktionen SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie der Gruppe der PDS die Annahme der Vorlage.

Der Ausschuß für Familie, Senioren, Frauen und Jugend hat den Antrag in seiner Sitzung am 24. September 1997 beraten. Er hat mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und F.D.P. gegen die Stimmen der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bei Enthaltung der Fraktion der SPD sowie der Gruppe der PDS beschlossen, die Annahme des Antrags zu empfehlen.

Der Ausschuß für Bildung, Wissenschaft, Forschung, Technologie und Technikfolgenabschätzung hat den Antrag in seiner Sitzung am 24. September 1997 beraten und ihm mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und F.D.P. bei Enthaltung der Stimmen der Fraktionen SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie der Gruppe der PDS zugestimmt.

II.

Der federführende Ausschuß für Fremdenverkehr und Tourismus hat die Vorlage – Drucksache

13/8045 – in seiner 58. Sitzung am 1. Oktober 1997 beraten.

Der Ausschuß ließ sich zunächst von der Bundesregierung über den Sachstand informieren. Die Bundesregierung teilte mit, sie habe ihre Vorbereitungen zur Neuordnung der Berufe im Hotel- und Gaststättenbereich abgeschlossen. Die Ausbildungsordnung und die Rahmenlehrpläne seien erstellt, würden derzeit in den Gremien der Sozialpartner beraten und voraussichtlich um den Jahreswechsel 1997/98 in den zuständigen Publikationsorganen amtlich veröffentlicht werden. Besonders hervorzuheben sei der neue Beruf „Fachmann/Fachfrau für Systemgastronomie“; er weise ein starkes kaufmännisches Profil auf und schließe eine bestehende Qualifikationslücke. Darüber hinaus sei es gelungen, die zweijährige Ausbildung zur Fachkraft im Gastgewerbe in ein Gesamtkonzept zu integrieren und Absolventen dieses Ausbildungsgangs die Möglichkeit zu eröffnen, später durch ein zusätzliches Ausbildungsjahr eine insgesamt dreijährige Berufsausbildung abzuschließen.

Auch im Reiseverkehrsbereich habe man deutliche Fortschritte erzielt. Im September 1997 sei ein Konzept des Bundesministeriums für Wirtschaft zur Neuordnung der Ausbildung zum Reiseverkehrskaufmann verabschiedet worden. Die Sozialpartner hätten ihm bereits zugestimmt. Das neue Konzept sehe zwei Fachrichtungen vor, die Fachrichtung Touristik und die Fachrichtung Kur- und Fremdenverkehr. Innerhalb der Fachrichtung Touristik könnten betriebsspezifische Einsatzgebiete ausgewählt werden. Die Bundesregierung gehe davon aus, daß ab dem 1. August 1998 nach dem neuen Konzept ausgebildet werden könne.

Die Fraktion der CDU/CSU würdigte die Vorlage als einen bedeutenden Schritt zur Entwicklung neuer zukunftsgerichteter Berufe in der Freizeit- und Tourismuswirtschaft. Angesichts der großen wirtschaftlichen Bedeutung dieser Branche besonders auch für strukturschwache Regionen sei es wichtig, die Berufsausbildung professionell zu gestalten und ökonomischen Ausbildungsinhalten einen breiten Raum einzuräumen; ein positives Beispiel hierfür sei das neue Berufsbild der Systemgastronomie. Eine professionelle Berufsausbildung lege die Grundlagen für Existenzgründungen und selbständige unternehmerische Aktivitäten.

Die Fraktion der CDU/CSU befürworte das duale Ausbildungssystem. Allerdings sei es notwendig, die saisonal bedingten Belastungen der Ausbildungsbetriebe zu berücksichtigen. Von seiten der Ausbildungsbetriebe sei vorgeschlagen worden, bei Ausbildungsgängen im Gastgewerbe die Berufsschulausbildung in Blockunterrichtszeiten zusam-

menzufassen und diese in Jahreszeiten zu verlegen, in denen die Ausbildungsbetriebe durch den Fremdenverkehr saisonal nicht so stark belastet seien.

Die Fraktion der CDU/CSU hob hervor, daß viele Aspekte der beruflichen Qualifizierung in der Freizeit- und Tourismuswirtschaft von den Koalitionsfraktionen und der Fraktion der SPD übereinstimmend beurteilt würden.

Die Fraktion der SPD kritisierte die Vorlage als oberflächlich und plakativ. Sie sei eine späte Reaktion auf ihren eigenen Antrag auf Drucksache 13/2981, stelle diesem gegenüber jedoch einen inhaltlichen Rückschritt dar. Der Antrag der Koalitionsfraktionen gehe weder auf die Probleme der beruflichen Qualifizierung ein, noch zeige er Möglichkeiten zu ihrer Lösung auf. Für die Fraktion der SPD wichtige Themenbereiche, z.B. die Problematik der steuerlichen Erfassung von Trinkgeldern, die Einführung eines eigenen Berufsbildes Fremdenverkehrsamtsleiter sowie die berufliche Weiterbildung, würden ausgeklammert.

Die Frage der steuerlichen Erfassung von Trinkgeldern sei für die Ausbildungs- und Arbeitsplatzsituation von erheblicher Bedeutung, weil sie die Verdienstmöglichkeiten und hierüber die Berufswahl und die Arbeitsmotivation beeinflusse. Selbst der Deutsche Hotel- und Gaststättenverband und die Gewerkschaft Nahrung-Genuß-Gaststätten setzten sich für eine Abschaffung der gegenwärtigen Regelung ein.

Nachdrücklich kritisierte die Fraktion der SPD, daß auch weiterhin die Möglichkeit eingeräumt werde, eine zweijährige Ausbildung zur Fachgehilfin/zum Fachgehilfen zu absolvieren. Die Erfahrung zeige, daß diese Fachkräfte, zumeist Frauen, später kaum mehr die Möglichkeit erhielten, das für eine vollständige Berufsausbildung erforderliche dritte Ausbildungsjahr nachzuholen. Es sei schwierig, für die fehlende einjährige Ausbildungszeit später einen Ausbildungsbetrieb zu finden, besonders wenn bei einer Rückkehr in das Berufsleben nach der Familiengründungsphase ein höheres Lebensalter als zusätzlich beeinträchtigender Faktor angesehen werde.

Andererseits begrüßte die Fraktion der SPD ausdrücklich die bisher durch die Bundesregierung realisierten Reformschritte. Sie sprach sich dafür aus, auf der Basis ihres eigenen Antrags – Drucksache 13/2981 – einen gemeinsamen Antrag der Fraktionen zu formulieren. Den vorliegenden Antrag der Fraktionen der CDU/CSU und F.D.P. lehne sie ab.

Das Mitglied der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN begrüßte, daß es gelungen sei, sich im Reiseverkehrsbereich auf zwei neue Berufsbilder zu beschränken. Eine Segmentierung in viele eng spezialisierte Berufsbilder sei nicht akzeptabel.

Dem neuen Berufsbild der Systemgastronomie stehe sie kritisch gegenüber. Insbesondere halte sie das Argument, daß in der Systemgastronomie sehr viele neue Ausbildungsplätze geschaffen würden, für nicht zutreffend; 60 000 Arbeitsplätzen ständen hier nur 1 200 Ausbildungsplätze gegenüber. Besonders

bei den großen Filialunternehmen entwickle sich die Zahl der Ausbildungsplätze rückläufig.

Der Schaffung von Ausbildungsplätzen müsse Priorität eingeräumt werden. Viele Betriebe der Tourismuswirtschaft bildeten, gemessen an der Zahl ihrer Beschäftigten, zu wenig aus; dies treffe auch auf öffentliche Tourismuseinrichtungen zu.

Der vorliegende Antrag der Fraktionen der CDU/CSU und F.D.P. bleibe zu oberflächlich und werde daher von ihrer Fraktion abgelehnt.

Das Mitglied der Fraktion der F.D.P. bedauerte die ablehnende Haltung der Fraktion der SPD und der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegenüber der Vorlage der Koalitionsfraktionen. In der Sache beständen, wie sich in der Vergangenheit gezeigt habe, keine ernsthaften Differenzen. Auch könne er nicht erkennen, daß das Problem der Trinkgeldbesteuerung im vorliegenden Antrag hätte aufgegriffen werden müssen.

Er begrüße sehr, daß es gelungen sei, sich bei den Berufsbildern Reiseverkehrskaufmann und Systemgastronomie auf eine Lösung zu verständigen. Die zeitlichen Verzögerungen seien auf Widerstände der Kommunen zurückzuführen, die höhere Personalkosten als bisher befürchteten.

Im Gastgewerbe gebe es auch heute noch genügend Ausbildungsplätze. Für die berufliche Qualifizierung könne jedoch nicht genug getan werden. Daher begrüße er die neuen Ausbildungsgänge ausdrücklich.

Die Bundesregierung teilte mit, das neue Berufsbild der Systemgastronomie sei in Zusammenarbeit mit Qualitätsunternehmen unter Berücksichtigung von Erfahrungen aus der betrieblichen Praxis entwickelt worden. Das Konzept der Fachkraftausbildung im Gastgewerbe sei mit den Gewerkschaften abgestimmt und mit deren Zustimmung verabschiedet worden. Der zweijährige Ausbildungsgang ermögliche eine qualifizierte Ausbildung; in den beiden Ausbildungsjahren würden vor allem auch kaufmännische Ausbildungsinhalte vermittelt. Die von seiten der Fraktion der SPD angesprochenen Schwierigkeiten, nachträglich einen Ausbildungsbetrieb für das dritte Ausbildungsjahr zu finden, ließen sich in der Praxis auch durch eine Ausbildungsordnung nicht ganz vermeiden.

Die Zahl der Auszubildenden habe in der Freizeit- und Tourismuswirtschaft in den letzten Jahren zugenommen, insbesondere im Gastgewerbe. Im Hotel- und Gaststättenbereich gebe es zur Zeit 67 000 Auszubildende, mit steigender Tendenz.

Die Bundesregierung betonte abschließend, im Vordergrund der Reformüberlegungen habe das Ziel gestanden, die Gast- bzw. Kundenorientierung zu erhöhen und damit den Dienstleistungscharakter der Berufe im Hotel- und Gaststättenbereich sowie im Reiseverkehrsgewerbe zu stärken.

Der Beschluß des Ausschusses für Fremdenverkehr und Tourismus, dem Deutschen Bundestag die Annahme des Antrags auf Drucksache 13/8045 zu empfehlen, wurde mit den Stimmen der Mitglieder der Fraktionen der CDU/CSU und F.D.P. gegen die Stim-

men der Mitglieder der Fraktion der SPD und gegen die Stimme des Mitglieds der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bei Abwesenheit des Mitglieds der Gruppe der PDS gefaßt.

Bonn, den 29. Oktober 1997

Werner Kuhn

Berichterstatter

Jann-Peter Janssen

Berichterstatter

Halo Saibold

Berichterstatterin

Dr. Olaf Feldmann

Berichterstatter

